FWV ***FRAKTION im Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall***

Fraktionssprecher: Hartmut Baumann Hopfengarten 26 74523 Schwäbisch Hall

Stellungnahme zum Haushaltsplan 2006/2007

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herrn, die Fraktion der Freien Wähler Vereinigung im Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall wird dem Entwurf des Doppelhaushaltes für die Jahre 2006 und 2007 nicht zustimmen.

Durch unsere Stimmenthaltungen wollen wir aufzeigen, dass der mit der Mehrheit der Stimmen des Gemeinderates nachträglich eingeschlagene Weg, den Entwurf aufzublähen, von uns als falsch empfunden wird.

Beschlossene Mehrausgaben in Höhe von 630.000 € im Jahre 2006, sowie Mehrausgaben in Höhe von 955.000 € im Jahre 2007 lassen sich leicht verständlich so kommentieren, wie dies im Haller Tagblatt vom 10. Dezember durch den Hoolgaascht geschah, welcher sich doch auch sehr zu wundern scheint ob der geistigen Kehrtwendung des Stadtrats vom Sparwillen weg, hin zum Wunsche von Mehrausgaben, ohne auch gleich Begehrlichkeiten im Kreise derer zu wecken, welche die Freiwilligkeitsleistungen empfangen.

Zitat des Haller Salzsiederpatrons ins Schriftdeutsch übersetzt: „wenn das so ist, dann werd ich meinen Kumpels von den Vereinen sagen, sie sollen bei der Stadt auch wieder die Hand aufhalten.“ *Zitat Ende*

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn, gestatten Sie mir zunächst einen kurzen Blick über unsere Stadtgrenzen hinaus.

Neben Schwäbisch Hall galt die Stadt Sindelfingen als eine der einnamereichsten Städte ganz Deutschlands. Und so ist es sicherlich hilfreich zu beobachten, dass in der Stadt in der wir über die Beteiligung der Stadtwerke einen Haushaltsbeitrag leisten, ebenfalls Anstrengungen unternommen werden müssen, den stark gebeutelten städtischen Haushalt zu konsolidieren.

In der Sindelfinger Zeitung war unter der Überschrift: „Rasenmäher erwischt jetzt alle“, zu lesen: Die Situation ist dramatisch und wird sich in kurzer Frist nicht ändern. Wir geben mehr aus als wir einnehmen. Nächstes Jahr klafft ein 13 Millionen Euro tiefes Loch in unserem Haushalt. Deswegen sind wir gezwungen, querbeet in allen Bereichen schmerzhafte Einschnitte zu machen.“ wird Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer zitiert.

Tiefe Einschnitte warten auf alle Bereiche. Von der Abschaffung der Frauenbeauftragten bis hin zur Halbierung der Stelle des Kulturbeauftragten ist die Rede. Und weiter heißt es dann:

Alle politischen Gruppierungen im Gemeinderat unterstützen den Sparkurs der Verwaltung. „Es geht nicht mehr anders.“ Sagt Ingrid Balzer von den Freien Wählern.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn. Auch wir, der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall, und die Verwaltung waren uns einig, dass nur mit äußerster Disziplin und der deutlichen Dokumentation des Sparwillens die städtischen Finanzen in Griff zu bekommen sind.

Um so erstaunter war meine Fraktion über die Anträge der beiden größten Fraktionen hier, genau den entgegengesetzten Weg, des noch vor Jahresfrist anlässlich der Verabschiedung des Nachtragshaushaltes für 2005 gehörten Lippenbekenntnisses, den Sparkurs gemeinsam durchzustehen, einschlagen zu wollen.

Noch erstaunter waren wir dann bei der Abstimmung über diese Anträge in Wahrnehmung des nie dagewesenen Schulterschlusses der neuen Koalitionspartner im Bund.

Gemeinsam gutes zu wollen, gemeinsam gutes zu erreichen, gemeinsam selbstsicher im Sinne von „ich bin Deutschland“ aufzutreten mag Sinn geben.

Wenn aber die Gemeinsamkeit dahin führen soll unseren Nachfahren zwar übertrieben wärmegedämmte Städte, überzogene, am Zuschussinfarkt leidende Kultureinrichtungen, bis zur Perversion reichende getrennte Müllentsorgungssysteme, und und und…zu hinterlassen;
wenn diese unsere neue Aufbruchstimmung den Preis kostet, keinerlei Handlungsspielraum auf Grund einer in der Geschichte nie dagewesenen Überschuldung, unseren Kindern und Enkeln zu hinterlassen, müssen wir uns alle, alle politisch Verantwortlichen, vom Bund bis herunter in die Kommunen, alle in wirtschaftlicher Verantwortungsposition sich befindenden, aber auch alle in egal welcher Bildungseinrichtung tätigen die Frage zu stellen haben: Haben wir den nötigen Weitblick? Verhalten wir uns fair im Sinne von Generationsverträgen.

Es mag gut ankommen bei Wählerinnen und Wähler unserer sieben Teilorte, 50.000.- Euro zusätzlich für die Teilorte einzustellen. Da es sich bei dieser Zuweisung letztendlich jedoch lediglich um Beträge in Höhe von durchschnittlich 7.000 Euro je Ortschaftsverwaltung handeln wird, könnte man sicher die Frage nach der Sinnhaltigkeit eines solchen Beschlusses stellen.

Auch wir haben diesem Antrag zugestimmt, allein deshalb, um zu signalisieren, dass auch die Freie Wähler Vereinigung dem Bestand vieler Einrichtungen und Begegnungsmöglichkeiten in unseren Teilorten höchste Priorität zumisst. Exemplarisch sei unsere Willensbekundung zum mittelfristigen Erhalt der Grundschule in Gailenkirchen genannt.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, die Fraktion der Freien Wähler Vereinigung hat sich sehr ausgiebig, und auch ernsthaft, nicht nur mit den Inhalten des Doppelhaushaltes, sondern auch mit den Fortschreibungen der Konsolidierungsstrategie der Grundsatzkommission beschäftigt, ja auseinandergesetzt.

Gemeinsam, wir legen wert auf GEMEINSAM: Verwaltung und Mitglieder aller im Gemeinderat vertretenen Fraktionen war es gelungen ein ursprüngliches Defizit von 6,1 Millionen Euro in 2006 sowie 4,9 Millionen Euro in 2007 auf 1,7 beziehungsweise 2,0 Millionen Euro in den beiden kommenden Jahren zu reduzieren.

Beim Einstieg in unsere fraktionsinternen Beratungen war unsere Aufgabenstellung, die Aufgabenstellung für die Freie Wähler Vereinigung deshalb so verstanden:

auf gar keinen Fall die anderen Fraktionen durch zusätzlich kostenverursachende Anträge in Zugzwang, soll heißen in Erklärungsnotstand zu versetzen.

Wir wollten von den soeben beschriebenen 1,7 beziehungsweise 2 Millionen Euro noch herunterkommen.
Wir wollten ein weiteres Angreifen der Rücklagen vermeiden.

Sie Herr Oberbürgermeister haben in einer bemerkenswerten Rede am 26. Oktober, anlässlich der Einbringung des Doppelhaushaltes viele Dinge auf den Punkt gebracht.

Und ich denke es ist Aufgabe und Pflicht einer Fraktion, auf diese Ihre Rede, welche eine sehr deutliche Sprache hinsichtlich der von Ihnen vorgesehenen Politik spricht, es ist unsere Aufgabe auf diese einzugehen, ja sie auch in Teilen zu kommentieren. Sind Sie doch letztendlich mit Ihrer Verwaltung verantwortlich für die Richtlinien.

In Zeiten der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene war viel von Richtlinienkompetenz die Rede.
Ihnen, Herr Oberbürgermeister wurde die Kompetenz, durch Ihre Wiederwahl vom Souverän, von der Bevölkerung, zugestanden.
Wir, die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen haben die Aufgabe, Sie in der Ausübung dieser Kompetenz zu überwachen.

In besagter Rede betonten Sie, sie glauben wir hätten vor allem, Sie stellen es noch über die Haushaltskonsolidierung, wir hätten vor allem einen gewissen Bewusstseinswandel innerhalb unserer Bürgerschaft eingeleitet. Die Bürgerstiftung wurde gegründet, Vereine übernehmen mehr Verantwortung, Fördervereine haben ihre Arbeit aufgenommen. Ich füge hinzu: Eltern haben im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe sich eingebracht.
Auch wir, die FWV hat diese Entwicklung mit viel Freude, aber auch mit Anerkennung gegenüber all den Beteiligten wahrgenommen.
Wir die FWV, jeder einzelne von uns kommt aus dem Ehrenamt und weiß was es bedeutet Freizeit unentgeltlich dem Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen. Und gerade deshalb haben all die Frauen und Männer die hier mithelfen unseren größten Respekt.

Es wird aber sicher Erklärungsbedarf kosten, auf Grund von Gemeinderatsbeschlüssen nun die beiden Haushalte durch Entnahmen von zusätzlichen Rücklagen in Höhe von nahezu 1,6 Millionen Euro auszugleichen.

Es wird auch Erklärungsbedarf kosten warum der Antrag der Freien Wähler Vereinigung, für das Hällisch- Fränkische Museum ein neues Nutzungskonzept zu erarbeiten von der Mehrheit dieses Gemeinderates kategorisch abgelehnt wurde.

Durch Überlegungen einer Flächenreduzierung sahen wir den, auch von Ihnen Herr Oberbürgermeister, angemahnten Abmangel in Höhe von 1,6 Millionen Euro beziehungsweise das

laufende Defizit in Höhe von 770.000.- Euro für diskussionsfähig.

Unseren Antrag unter anderem damit abzutun, wir, die Freien Wähler, hätten noch nie was mit dem Museum am Hut gehabt, scheint den Wunsch die Auseinandersetzung auf eher niedrigerem politischem Niveau austragen zu wollen, zu signalisieren.

Und auch das Museum über Gebühr über den grünen Klee zu loben, scheint auf Grund der doch eher geringen Besucherzahlen von erwachsenen Besuchern, von erwachsenen Besuchern, - die Tausenden von Schülern dürften für eine Beliebtheitsstatistik weniger relevant sein-, verstehen wir doch eher als Befriedigung eines speziellen Klientells.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn, die FWV hat sehr wohl mit den Museen, ja mit dem gesamten kulturellen Angebot unserer Stadt was am Hut. Auch wir meinen, es gilt mit diesen Pfründen zu wuchern.

Aber in einer Zeit, wo jeder einzelne von uns, egal wo, und egal in welchem Zusammenhang immer umfangreicher zur Kasse gebeten wird, kann es einfach nicht mehr angehn, dass jeder Einwohner von Schwäbisch Hall indirekt für einen Besucher des Hällisch- Fränkischen- Museums die Patenschaft in Höhe von ca. 40 Euro übernimmt.

Wir, die Freien Wähler, haben vor solch einer Entwicklung anlässlich jeden Bauabschnittes des Museums gewarnt. Wir haben gewarnt vor Folgekosten die ein solch großes, sicher in weiten Teilen interessantes Museum eines Tages bringen wird.
Man hatte uns immer versucht glaubhaft zu machen, einzelne Teile könnten ohne großen Aufwand abgetrennt werden, falls sich die Stadt ein solch großes Museum nicht mehr leisten könne.

Wenn wir die Erklärungen der Verwaltung hierzu heute lesen, und vor allem die Stellungnahmen der Fraktionen im Gemeinderat dazu hören, wird die von 40000 Interessierten jährlich besuchte kulturelle Einrichtung wohl als heilige Kuh betrachtet und als letzte sämtlicher städtischen Aufgaben angetastet oder gar zurückgefahren werden dürfen.

Helfen Sie uns bitte, Kolleginnen und Kollegen, was für eine Denke herrscht bei Ihnen denn vor, wenn man quasi durch Gemeinderatsmehrheitsbeschluss Verwaltung und historischen Verein auffordert NICHT darüber nachzudenken, wie man den städtischen Haushalt entlasten könnte.

Was für eine Denke herrscht denn bei Ihnen vor, wenn man der Bevölkerung glaubhaft machen will, dass ein Eintrittsgeld von 2 Euro für erwachsene, praktisch ihrer Freizeitintension nachkommenden Besuchern in Relation zu stellen ist mit mindestens 7 Euro Eintrittsgeld für den Besuch eines Kinos, ganz zu schweigen über Preise von Konzerten oder sonstigen kulturellen Veranstaltungen. Ich sage bewusst und betone nochmals: erwachsene Besucher, weil Erwachsenenbildung auf dieser Ebene kann und darf nicht Aufgabe von Kommunen sein.

Heribert Lohr, Redakteur beim Hohenloher Tagblatt schrieb dieser Tage einen politischen Kommentar mit der Überschrift „die Schuldenkasper“ *Zitat:* „jeder Familienvater hat mehr finanzpolitischen Verstand, weil sich die Ausgaben der Seinen an dem orientieren, was er hat, nicht was er haben möchte. Für die Finanzjongleure auf dem politischen Parkett ist das Wort Solidität nun wirklich ein Fremdwort.“*Zitat Ende.*

Meine Damen und Herrn, lassen Sie mich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung und der städtischen Töchter ansprechen.

Die FWV geht mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister dakor, wenn Sie auf Ihre Äußerung von vor zwei Jahren hinweisen, als Sie

ankündigten auf betriebsbedingte Kündigungen verzichten zu wollen, wenn die Solidarität innerhalb der Mitarbeiterschaft trägt.
Und nicht nur Sie haben wortgehalten. Die Solidarität innerhalb der Mitarbeiter hat gegriffen. Die Personalausgaben werden gemessen am Planansatz um ca. 500.000.- Euro sinken.

Die CDU- Fraktion hatte in einem ihrer Anträge gefordert die Personalkosten sollen pauschal um jeweils 5% gekürzt werden. In der Kommentierung dieses Antrags weißt die Verwaltung darauf hin, dass die Erfüllung dieses Wunsches nur mit betriebsbedingten Kündigungen einhergehen könnte.

Meine sehr geehrten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der GWG, der Stadtwerke, der TMG, der HGE und der Hospitalverwaltung: Es ist nicht damit getan, sich alljährlich anlässlich der Haushaltsreden bei Ihnen für Ihre Schaffenskraft zu bedanken, was ich hiermit auch ausdrücklich namens der Fraktion der Freien Wähler Vereinigung tue.

Von uns haben Sie darüber hinaus die Zusage: Die FWV steht zum eingeschlagenen Weg und somit zu unserem Wort, betriebsbedingten Kündigungen nicht zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister, am 26. Oktober hatten Sie geäußert im Hinblick auf Bundes- und Landespolitik, dass Sie befürchten, alle Konsolidierungsmaßnahmen dürften uns am Ende mehr treffen, denn entlasten.
Die FWV teilt, diese Ihre Auffassung, und nicht zuletzt sind wir uns sicher, dass der eingeschlagene Weg im Zuge der Strukturveränderungen innerhalb der Verwaltung, nicht zuletzt durch die Auslagerung bestimmter Bereiche und Aufgaben in städtische Töchter wie GWG, HGE und TMG, dass dieser Weg der richtige Weg war und ist.

Ihre Auffassung, Herr Oberbürgermeister, dass die zusätzliche Gründung einer gemeinsamen Unternehmensholding weitere

Synergieeffekte zwischen den einzelnen Gesellschaften bringen wird und eine Verbesserung der Steuerung derselben, wird von uns geteilt.

Vor allem die beiden großen Fraktionen machen aus ihrer Aversion gegen das Konstrukt der Auslagerungen in städtische GmbHs nach wie vor kein Hehl, und man glaubt immer wieder darauf hinweisen zu müssen, dass eine Gefahr darin zu sehen sei, Beschlüsse würden hinter verschossenen Türen gefaßt.

Meine Damen und Herrn, ich denke die Gefahr liegt vielmehr darin, und das sage ich gänzlich ohne Häme, die Gefahr liegt primär in der fehlenden Transparenz innerhalb unserer Fraktionen.

Die Meinung auf der Straße, die Beanspruchung eines Gemeinderates habe bedingt durch geringeren Spielraum der Finanzen abgenommen, ist eine falsche Meinung.

Verflechtungen, betriebswirtschaftliche Zusammenhänge, das Erkennen von Engpässen oder sich bietende Spielräume sind für einen gewählten Volksvertreter, dessen tägliches Leben sich im Wesentlichen um andere Themen dreht, sehr schwer geworden.

Mehr als in der Vergangenheit gilt es auch innerhalb einer Fraktion die Aufgaben zu verteilen. Aufgaben verteilen heißt aber andererseits auch die dann von Teilen von uns allen erarbeiteten Ergebnisse zu akzeptieren und sie nicht im Nachhinein in Frage zu stellen.
Man darf nicht so tun, als seien städtische Tochtergesellschaften Privatunternehmen, in denen, von allen Fraktionen besetzte Aufsichträte in anderer Einstellung die GmbHs überwachen, als sie dies in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates tun.

Wirtschaftspläne, die Notwendigkeit von Rückstellungen sind in kleineren Gremien immer leichter zu diskutieren und auch zu hinterfragen. Wir alle müssen lernen, uns in Details

hineinzuvertiefen, uns mit systematischen Zusammenhängen auseinander zusetzen.
Sich im Kreise drehende Diskussionen, wie bei der Patronatserklärung für die TMG ließen sich sicher vermeiden.

Alle, alle Fraktionen dieses Gemeinderates haben immer wieder betont, dass keine, absolut keine Entscheidung, welche für die Stadt und somit für deren Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung ist, hinter verschlossenen Türen beraten werden kann. Grundsätzlich hat der Gesellschafter, dessen Organ, sprich der Gemeinderat das Recht, ja sogar die Pflicht, solche Themen öffentlich zu diskutieren.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn, eingangs meiner Ausführungen hatte ich angekündigt, dass sich die Mitglieder der Fraktion der FWV heute bei der Verabschiedung des Doppelhaushaltes für die Jahre 2006 und 2007 der Stimme enthalten werden.
Lassen Sie mich, Ihnen unser Verhalten mit zwei, drei weiteren Argumenten begründen.

In Ihren Ausführungen anlässlich der Einbringung, Herr Oberbürgermeister, hatten Sie weitere Kürzungen der Zuschüsse für Vereine und städtische Institutionen in Höhe von 5 bis 10 %, weitestgehend im Jahr 2007 angesprochen.

Diese Kürzungen stillschweigend hinzunehmen schien uns zunächst vertretbar.
Nachdem konstruktive Vorschläge meiner Fraktion von der Mehrheit des Rates nun aber in einer von uns nicht nachvollziehbaren Art und Weise nicht mal einer Diskussion würdig waren, wird es auch notwendig sein, die Solidarität zwischen den verschiedenen Interessensgruppen neu zu überdenken und in einem sicher zu verabschiedenden Nachtragshaushalt für 2007 zu hinterfragen.

So war man beispielsweise nicht bereit, unseren konstruktiven Vorschlag, lediglich in der finanziellen Belastung vom Ist-Zustand abweichend, für den Erhalt der Schulbibliotheken, sachlich zu überdenken.

Nicht mal die Abdeckung der Zuschusserhöhung für den Stadtjugendring in Höhe von 1000 Euro, was der Gemeinderat in der Sache einstimmig befürwortet, war man bereit, zur Entlastung des Haushaltes, durch den Verein zur Förderung gemeinnütziger Aktivitäten in den Bereichen Kultur, Bildung, Soziales und Sport der Stadt Schwäbisch Hall, abdecken zu lassen.

Wärmedämmmaßnahmen an städtischen Gebäuden, natürlich nicht im Gießkannenprinzip, zu befürworten, erscheint jedem ökologisch denkenden Zeitgenossen einleuchtend. Dies jedoch einerseits zu tun ohne einzelne Wirtschaftlichkeitsberechnungen und andererseits im Wissen ob der maroden Zustände vieler unserer städtischen Immobilien, erscheint uns doch sehr fragwürdig, weshalb wir diesem pauschal gehaltenen Antrag wenig Positives abverlangen konnten.

Verstehen Sie mich bitte richtig, sowohl der Antrag auf zusätzliche Wärmedämmmaßnahmen, soll heißen Zustandsverbesserungen, als auch die Einstellung eines Planansatzes für die Sanierung des Schulzentrums im Westen der Stadt, entspricht unserem Antrag, derzeit Gelder nur im nicht konsumtiven Bereich einzusetzen.

Diesen Gedankenansatz halten wir für wichtig und im Ergebnis natürlich für außerordentlich nachhaltig. Leuchtet doch sicher jedem ein, dass Ausgaben im nicht konsumtiven Bereich einen Vermögenserhalt beziehungsweise eine Vermögenssicherung bedeuten.

Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Rede am 26. Oktober haben Sie viele Dinge angesprochen, mit denen sich dieser Gemeinderat in

den nächsten zwei Jahren im Einzelnen zu beschäftigen haben wird.
Lassen Sie mich für meine Fraktion in diesem Kontext noch ein paar Stichworte nennen die uns wichtig erscheinen, die es gilt in der Diskussion zu halten oder neu aufzugreifen:

Belebung der Innenstadt mit stetigen Versuchen das Gelände der JVA einer neuen Nutzung zuzuführen;

Erhalt unseres Stadtbildes unter Einbezug der öffentlichen Diskussion bei einschneidenden Veränderungen;

Ruhender und fließender Verkehr in unserer Stadt, auch vor dem Hintergrund zunehmender Schadstoffwerte;

Stetige Überwachung der Finanzsituation der Volkshochschule, Musikschule, Stadtbibliothek und aller weiteren von unseren Umlandgemeinden mitgenutzten Einrichtungen;

Unter der Überschrift „ alle Synergien und Streichpotentiale nutzen“ sprachen Sie verschiedene Überlegungen hinsichtlich der räumlichen Zusammenlegung städtischer Einrichtungen an. Für den Gemeinderat wird es mehrerer Spagate bedürfen, die Interessen unserer Wähler einerseits, und im Wissen einer nicht enden wollenden Finanzmisere, Sparvorschläge von seitens der Verwaltung, andererseits, mitzutragen.

Die Fraktion der Freien Wähler Vereinigung war und ist sich bewusst, dass das immer schwerer zu manövrierende Schiff Schwäbisch Hall, im Fahrwasser zu halten, eine Aufgabe darstellt, deren Lösung nur sehr schwer im Einklang mit einer positiven Resonanz in der Bevölkerung zu finden sein wird.

Sie sagten bremsen und gas geben zugleich, sei eine Kunst. Noch schwieriger wird diese Kunst sicher, wenn beim gas geben mit sehr viel Gefühl vorgegangen werden muss, um nicht übers

Ziel hinauszuschießen, beziehungsweise wenn es gilt, eine gute Linie zu finden.

Die FWV ist sich sicher, dass wir im Bereich von Ausweisungen sowohl von Wohnbauplätzen als auch Gewerbeflächen, aber auch in der Wirtschaftsförderung eine sehr gute Linie fahren.

Mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister freuen wir uns über jede Neuansiedlung, welche anheim geht mit der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Das Konzept für ein interkommunales Gewerbegebiet mit den Gemeinden Rosengarten und Michelfeld halten wir in diesem Zusammenhang für einen guten Ansatz, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund mit unserer nächsten Nachbarschaft einen Hauch von Globalisierung zu verwirklichen.

Den Neubau von Wohnungen und Eigenheimen sehen wir als stetige Schritte in Richtung Zuwachs der Einwohnerzahl unserer Stadt.

Wenn wir unter all diesen Aktivitäten, Gas geben verstehen, dann wird das gleichzeitige Bremsen im Bereich der öffentlichen Leistungen unseren Bürgerinnen und Bürgern immer schwerer zu vermitteln sein.

Beide neu im Amt befindliche deutschen Spitzenpolitiker, sowohl Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, als auch der neue SPD- Vorsitzende Matthias Platzeck haben Fragen, welche diesen Spagat, unpopulärer Entscheidungen einerseits, und den Erhalt der Anerkennung beziehungsweise Beliebtheit andererseits, anbelangt, am vergangenen Sonntag in einem Fernsehrückblick auf die bedeutendsten Menschen des Jahres 2005 mit einer ausgeprägten sympathischen Ehrlichkeit beantwortet.

Vielleicht sollten wir tatsächlich, im Sinne von „ich bin Deutschland“, den neuen Gallionsfiguen der deutschen Politik

nicht nur einen Kredit einräumen, sondern alle gemeinsam mithelfen, dass auf den Säulen: Vertrauen, Glaubhaftigkeit, Ehrlichkeit und Toleranz die Zukunft sich doch wieder zum besseren wendet, als dies nicht nur die ewigen Kritiker sondern auch namhafte Wissenschaftler prophezeien.
Uns, den Mitgliedern des Haller Gemeinderats bietet sich die Chance daran in unmittelbarer Nähe zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern nachhaltig mitzuarbeiten.

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, Vertreter der schreibenden Zunft, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konzerns „Stadt Schwäbisch Hall“, meine Damen und Herrn, im Namen der Mitglieder der Fraktion der Freien Wähler Vereinigung möchte ich mich bei Ihnen allen für die Begegnungen im vergangenen Jahr bedanken. Wir wünschen Ihnen allen besinnliche Tage zwischen den Jahren. Möge es uns vergönnt sein auch im kommenden Jahr, mit möglichst wenig Reibungsverlusten, miteinander sachlich zu streiten, ohne den Verlust uns aufrichtig begegnen zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!